

lagen der Regierung einzunehmen für gut befand; namentlich aber auch daraus, daß nach den betreffenden Commissionsverhandlungen zu schließen, gerade die Gesetzentwürfe über das Eherecht und die Grundsteuerangleichung, auf welche das Ministerium das größte Gewicht gelegt haben dürfte, nur durch den in Folge der Kriegsergebnisse früher, als sonst wohl der Fall gewesen, eingetretenen Schluß der Session vor dem Schicksale der Ablehnung bewahrt blieben. Wenn nun vollends, um die Regierung und das Haus der Abgeordneten gleichzeitig zu treffen, der Ersteren eine Beeinflussung der letzten Wahlen vorgeworfen wird, so muß man sich unwillkürlich fragen, ob die erfindungsreichen Urheber dieser Anklagen zur Zeit der Wahlen wirklich in Preußen gelebt, und wenn Preußen dieses Glückes theilhaftig gewesen, ob sie auch Augen zum Sehen und Ohren zum Hören gehabt haben. Es ist eben so seltsam, als widersinnig und zumal im Munde eines Parteiorgans, das sonst alles Heil nur von einer kräftigen Leitung des beschränkten Urwählerverbandes erwartete, solche Anklagen auf Wahlbeeinflussung zu erheben, während doch die Regierung notorisch alle administrativen Mittel, die Wahlen zu ihren Gunsten zu lenken, verschmähte, und sogar in vielen Fällen die Opposition ihrer eignen hochgestellten Administrativbeamten, die sich nur allzu lebhaft für Wahlen im Sinne der Kreuzzeitung interessirten, gegen sich gerichtet sehen mußte. (S. V.)

Durch die Kunst der Aerzte und durch Gottes Beistand ist das theure Leben Sr. Maj. des Königs aus schwerer Gefahr gerettet worden; es ist jedoch der Zustand des hohen Kranken noch so besorgniß-erregend, daß die Aufmerksamkeit der Aerzte nicht ermüden darf. Der König steht jetzt allerdings wieder täglich auf und unternimmt auch von Neuem, wenn es die Witterung gestattet, Promenaden auf der Terrasse von Sanssouci, gestützt auf den Arm der Königin; aber von der stattlichen Gestalt des königl. Herrn ist nur noch ein Schatten geblieben. Ruhe ist dem erlauchten Patienten vorzugsweise notwendig und deshalb ist von dem Stadt-Schloß zu Potsdam als Winteraufenthalt jetzt gänzlich abgesehen worden.

Die Abreise des Prinz-Regenten und der Frau Prinzessin von Preußen von Baden-Baden ist auf den 1. October festgesetzt. Die hohen Herrschaften reisen nach Coblenz und dann zum Einweihungsfeste nach

Köln. Am 4. October gedenkt der Prinz-Regent in Berlin wieder einzutreffen. Die Frau Prinzessin von Preußen dürfte erst gegen die Mitte des Monats November dahin kommen.

Der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm sind am 21. d. Abends in Breslau eingetroffen und von der Bevölkerung mit großem Jubel empfangen worden. Am 22. war die Stadt festlich geschmückt und Abends brillant erleuchtet.

Der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm kehrten am 24. d. Früh nach Potsdam zurück und werden nunmehr, so weit bis jetzt bestimmt, nach kurzem Aufenthalt die Reise nach Schloß Koblenz antreten, um daselbst an der Geburtstagsfeier der Frau Prinzessin von Preußen Theil zu nehmen.

(Die Justiz-Immediat-Examinations-Kommission) hat neuerdings von dem Justizminister die Weisung erhalten, an die Candidaten gesteigerte Anforderungen zu stellen, damit nur besonders qualifizierte Subjecte Anspruch auf Anstellung im Richter- oder Advokaten-Fache erlangen. Nicht allein der sich mehrende Andrang zum Justizdienste, sondern auch die hin u. wieder vorgekommenen Fälle, daß Gerichts-Assessoren den Anforderungen der Praxis nicht genügten, haben Veranlassung zu der besagten Maßregel gegeben. Uebrigens besteht schon stillschweigend der Modus, daß kein Assessor zu einer dauernden Anstellung befördert wird, der nicht wenigstens ein Jahr lang unentgeltlich bei einem Kreis- oder Stadtgericht gearbeitet, und sich dabei nach dem Berichte des Directors des Kreisgerichts und des Präsidii des betreffenden Appellationsgerichts als tüchtig bewährt hat.

Der „Staatsanzeiger“ vom 20. d. enthält einen an sämtliche Bezirksregierungen gerichteten Erlaß des Handelsministers, durch welchen dieselben angewiesen werden, auf möglichste Beseitigung der polizeil. Taxen für Backwaaren hinzuwirken, da die Erfahrung gelehrt habe, daß die Freigebung des Brotes zu beliebigen Preisen und die dadurch eröffnete freie Konkurrenz die Konsumenten weder in Bezug auf die Qualität, noch auf den Preis des Brotes benachtheilige.

Im Justizministerium wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach welchem die Kompetenzconflikte beschränkt werden sollen.

Man sieht in der nächsten Zeit in den Regierungskreisen wichtigen Personal-Veränderungen entgegen.